

Neue Brisanz bei der Kita-Versorgung

Münster

Eine gute Woche vor Beginn des neuen Kitajahres, in dem viele Kinder nicht mit einem Betreuungsplatz versorgt werden können, gibt es von Seiten der Stadt dazu keine aktuellen Zahlen. Dafür aber neue Probleme, die den Mangel verschärfen.

- Von [Karin Völker](#)

Freitag, 21.07.2023, 16:30 Uhr

21.07.2023, 17:13 Uhr



Eltern und Erzieherinnen protestierten im Juni in der Innenstadt gegen die Kita-Misere Foto: Bjön Meyer

Die Bilanz nach dem Verteilverfahren der Kitaplätze war bekanntlich mit rund 1.700 fehlenden Betreuungsplätzen niederschmetternd. Mittlerweile rückt der offizielle Beginn des Kitajahres am 1. August näher - doch eine Bilanz dessen, was sich in der Zwischenzeit getan hat, kann die Stadt bis zu diesem Stichtag nach eigenen Angaben nicht ziehen.

Auch Sabine Mahlmann, eine der Initiatorinnen des im Frühjahr auf Social Media gestarteten Elternbündnisses „Jubel? Trubel!“ hat keine konkreten Zahlen. Aber sie bestätigt, dass es noch „viel Bewegung“ gebe. Sie selbst hat inzwischen für ihren kleinen Sohn doch noch einen Kitaplatz bekommen, im Chat des Bündnisses werden derzeit vor allem immer noch Plätze in der Tagespflege angeboten. Jedoch weiß auch Mahlmann nur zu gut, dass das enorme Defizit allenfalls punktuell gemildert werden könne.

Neue Probleme durch Tarifabschluss

Und weitere gravierende Probleme bei der Kita-Versorgung deuten sich abseits des immensen Fachkräftemangels in den Einrichtungen an. So stehen vor allem die mittlerweile knapp über 50 Kitas der freien Elterninitiativen in Münster nach dem jüngsten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst vor massiven finanziellen Problemen. Seit März erhalten Erzieherinnen laut TVÖD 5,5 Prozent mehr Gehalt.

Über das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) des Landes sind jedoch nur 3,46 Prozent davon gegenfinanziert. Auch für die vereinbarte Zahlung des Inflationsausgleichs (3000 Euro) und einer pauschalen Zulage von 180 Euro pro Monat gibt es keinen Ausgleich.

Elterninitiativen ohne Rücklagen

„Wir haben keine Möglichkeit zur Querfinanzierung“, sagt Cornelia Hansen aus dem Vorstand der Elterninitiative Kita Süd e.V., die demnächst in ein größeres Gebäude an den Dahlweg zieht und eine weitere Gruppe eröffnet.

Die Mitarbeitenden vieler Kitas der Elterninitiativen erhalten vertraglich ein an den öffentlichen Tarif angelehntes Gehalt, bestätigt auch das städtische Jugendamt. Und die Elternvereine haben meist keine großen Rücklagen, aus denen die personellen Mehrkosten finanziert werden könnten. Das alles löse die Sorge aus, dass das Stammpersonal zu größeren Trägern abwandern könnte.

Großkita wird erst später fertig

Die Stadt Münster betont, sie habe einen entsprechenden Appell an das Land gerichtet, denn: „Die Stadt kann die Lücke, die sich durch die mangelnde Auskömmlichkeit der KiBiz-Finanzierung für Kitas freier Träger ergibt, nicht alleine aus kommunalen Mitteln schließen“, heißt es auf Anfrage der Redaktion. Da die Mehrkosten und die mangelnde Auskömmlichkeit sich bereits im laufenden Kita-Jahr ergäben, bestehe „ein dringender Bedarf für eine kurzfristige Lösung, damit diese Situation nicht den Bestand bzw. die Qualität der Kindertagesbetreuung in Münster gefährdet.“

Und es gibt noch weitere Schwierigkeiten, denn der Kita-Ausbau in Münster schreitet weniger schnell voran als geplant. So wird die Großkita im alten Zollamt mit geplant 165 Plätzen, die der Träger Fröbel übernimmt, erst im Frühjahr 2024 fertig, zuerst war August 2023, dann das Jahresende avisiert worden. Fröbel-Geschäftsleiter Normann Stricker sucht gerade Personal für diese und andere Einrichtungen des Trägers. Immerhin, so Stricker: „Wir geben den Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes eins zu eins an unsere Mitarbeitenden weiter.“

Karin Völker hat zugleich den Kommentar geschrieben:

Es ist richtig und erfreulich, dass Erzieherinnen und Erzieher nach dem Tarif im öffentlichen Dienst nun mehr Gehalt bekommen. Kommunen und andere große Träger können die Mehrkosten – wenn auch unter Schwierigkeiten – umschichten. Die vielen kleinen Elternvereine, die in Eigenregie mittlerweile oft auch größere Kitas führen und als Arbeitgeber auftreten, treibt das in die Insolvenz. Und das Wegbrechen solcher bestehender guter Angebote kann sich die Stadt in der gegenwärtigen vielschichtigen Misere bei der Kinderbetreuung ganz und gar nicht wünschen. Gerade ducken sich Kommunen und das Land weg, wenn es darum geht, für die die Mehrkosten gerade in den Kitas der Elterninitiativen in die Bresche zu springen. Das gefährdet ganz akut deren wertvolle, professionelle pädagogische Arbeit, die erst möglich wird durch das ehrenamtliche Engagement der dort jeweils aktiven Eltern. Sie vor den Kopf zu stoßen, ist mehr als töricht. | Von Karin Völker